Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 11. November 1908. No. 3

Canadische Umschau.

Etwas über unsere Regierungsform.

Viele Deutsche hierzulande sind, obwohl sie schon längere Zeit hier wohnen, durchaus im Unklaren über unsere Verfassung und Regierungsform. Bei der letzten Wahlkampagne wurden auf den Versammlungen öfters Fragen aufgeworfen wie diese: Warum schon wieder eine Wahl, da wir doch im Sommer erst eine hatten?

Eine Zeitung hat neben dem Mitteilen von Nachrichten und Neuigkeiten besonders auch einen erzieherischen Zweck. Wir halten es darum für unsere Pflicht, unsere Leser auch in dieser Hinsicht aufzuklären.

Dominion und Provinz.

Canada ist kein für sich alleinstehendes Staatswesen. Es ist ein sich selbst verwaltendes sogenanntes Dominium (Herrschaft) unter britischer Oberhoheit. Diese britische Oberhoheit ist nur eine sehr beschränkte und besteht im Wesentlichen aus der Sanktionierung der Gesetze durch den von der Krone (England) ernannten General-Gouverneur. Jetzt nimmt Earl Grey diesen Posten ein.

Eine Dominion Canada als Bundesstaat giebt es seit dem Jahre 1867. Erst gehörten nur 4 Provinzen zu dieser Vereinigung oder Konföderation. Jetzt gehören 9 Provinzen dazu: Nova Scotia, New Brunswick, Prince Edward Island, Quebec, Ontario, Manitoba, Saskatchewan, Alberta u. Britisch Columbien. Dazu noch einige Territorien.

Die Regierung des ganzen Landes liegt in den Händen des Dominion-Parlaments mit dem Premierminister an der Spitze und denen des General-Gouverneurs.

Der General-Gouverneur wird alle fünf Jahre von der britischen Regierung ernannt. Er ist der Vertreter der englischen Krone.

Ihm zur Seite steht das Ministerium, das die Geschäfte des Landes verwaltet. Es giebt 12 Minister; jeder steht einem besonderen Zweig vor wie der Post, dem Militärwesen, dem Finanzwesen u. s. w. Bemerkenswert ist es, daß wir jetzt auch einen Arbeitsminister haben. Der Vorsitzende des Ministeriums ist der Premierminister. Dieser ist tatsächlich die einflußreichste Persönlichkeit in ganz Canada. Er hat eine größere Gewalt in Händen als z. B. der Präsident der Ver. Staaten, da er gewöhnlich die Mehrzahl der Vertreter im Parlament hinter sich hat. Seit 1896 bekleidet Sir Wilfrid Laurier diesen hohen Posten mit höchstem Geschick.

Die Minister werden vom General-Gouverneur ernannt, müssen aber die Unterstützung der Mehrheit im Parlament haben.

Das Parlament der Dominion verrichtet die allgemeinen Geschäfte des Landes: Regulierung von Handel und Wandel, die Postverwaltung, die Nationalschuld, das Borgen von Geld auf den Kredit des Landes, das Militärwesen, Schiffahrt, Fischerei, Münz- und Bankwesen, Indianer-Angelegenheiten, die Naturalisation der Ausländer, Ehe- und Ehescheidungs-Gesetze, Zoll- und Steuerwesen, öffentliche Arbeiten, Eisenbahnwesen, Kriminalgesetzgebung, Zuchthäuser u. die Ernennung der Richter.

Die Provinz-Legislaturen haben die besonderen Provinzial-Angelegenheiten zu ordnen und auszuführen. Dazu gehört: Geldborgen auf den Kredit der Provinz, Verwaltung der öffentlichen Domänen, wenn nicht anderweitige Verfügungen getroffen sind, das Gefängniswesen, Hospitäler, Asyle u. s. w., Lizenzen für Hotels, Gewerbescheine, Justizverwaltung innerhalb der Provinzen, das Erziehungswesen, Aufsicht über öffentliche Anlagen, die völlig innerhalb der Provinz sind, Munizipaleinrichtungen.

Die Pflichten des Dominion-Parlaments und der Provinzial-Legislaturen sind also genau gegen einander abgegrenzt.

Dominion-Parlament und Provinz-Legislaturen.

Das Parlament Canadas besteht aus zwei Häusern, dem eigentlichen Parlament und dem Senat. Alle Gesetze müssen von beiden Häusern angenommen und vom General-Gouverneur bestätigt sein, ehe sie rechtskräftig werden.

Die Mitglieder des Senats werden vom General-Gouverneur nach Anweisung des Ministerkabinetts auf Lebenszeit ernannt. Ontario, Quebec und die See-Provinzen haben je 24 Senatoren. Der Westen war bis jetzt noch immer recht schwach im Senat vertreten.

Das eigentliche Parlament setzt sich aus direkt vom Volk gewählten Mitgliedern — Abgeordneten — zusammen. Zum Zweck der Erwählung ist das ganze Land in Wahlkreise eingeteilt. Jetzt sind es 221. Die Zahl der Vertreter ist keineswegs immer gleich, sondern ändert sich mit der Bevölkerungszahl der einzelnen Provinzen. Nach der Staatsverfassung behält die Provinz Quebec stets 65 Abgeordnete. Die Bevölkerungszahl der Provinz Quebec wird nun durch 65 geteilt und die dann herauskommende Zahl bildet für die anderen Provinzen die Zahl der Einwohner, die zu einem Vertreter oder Abgeordneten berechtigt. Z. B. wenn Quebec im Jahre 1901 1,625,000 Einwohner hatte, so ergiebt diese Zahl, geteilt durch 65, genau 25,000. In jeder Provinz sind dann immer 25,000 Personen zu einem Abgeordneten berechtigt. Da Saskatchewan zur Zeit der Neueinteilung in Wahlkreise an 250,000 Einwohner hatte, so ist es zu 10 Vertretern berechtigt. Nach jeder alle 10 Jahre abzuhaltenden Volkszählung wird die Zahl der Abgeordneten aufs neue geregelt. Im Jahre 1911 findet diese Volkszählung statt und der Westen wird dann bedeutend mehr Vertreter bekommen. Jetzt hat der Westen 34 Abgeordnete im Parlament. In 1912 oder 1913 werden wir wohl nahe an 50 haben, da die Bevölkerung des Westens ja so gewaltig zunimmt.

Das Dominion-Parlament wird auf die Dauer von 5 Jahren gewählt, doch kann die Regierung es jederzeit vor Ablauf des Termins auflösen. Das ist fast immer geschehen und wurde das Parlament bisher fast alle 3 bis 4 Jahre aufgelöst.

Das Parlament muß mindestens einmal im Jahre zusammentreten. Meistens geschieht es doch öfter.

Das Parlament tagt zu Ottawa und ist darum Ottawa die Hauptstadt Canadas.

Alle gemeinsamen Angelegenheiten der verschiedenen Provinzen werden von dort aus geregelt. Ihre eigenen inneren Angelegenheiten verwalten die einzelnen Provinzen selber. Dazu hat jede einzelne Provinz ihre eigene Regierung.

An der Spitze der einzelnen Provinzen steht je ein Leutnant-Gouverneur als Vertreter des britischen Reichs. Er wird für einen Termin von fünf Jahren vom General-Gouverneur nach Anweisung der Minister ernannt und hat für die Provinzen dieselbe Bedeutung wie der General-Gouverneur für das ganze Land. Die Machtvollkommenheiten sind nicht viel mehr wie nominell.

Die eigentliche Verwaltung der Provinzen liegt in Händen der Minister, an deren Spitze der sog. Premierminister steht. Die gesetzgebende Gewalt liegt in den Händen der Legislatur, die alle vier bis fünf Jahre neu gewählt wird. Die Abstimmung geschieht durch geheime Wahl. Die Zahl der Abgeordneten wird immer von der Legislatur bestimmt.

Das ist in großen Zügen der Aufbau unserer Regierungsform und hoffen wir, daß unseren Lesern manches klar und verständlich geworden ist, worüber sie früher im Unklaren waren.

Großfeuer in Pembroke, Ont.

Der „Deutschen Post" entnehmen wir das Folgende:

Gestern Morgen, 4. November, um ungefähr 4 Uhr brach durch bis jetzt noch unbekannte Ursachen Großfeuer in der Gießerei von Delaheys aus, das infolge des herrschenden Sturmwindes kolossale Dimensionen annahm.

Um 9½ Uhr ungefähr kam die Renfrew-Feuerbrigade, etwas später die von Carlton Place, die telegraphisch zu Hilfe gerufen worden waren, hier an, und in Gemeinschaft mit der hiesigen Feuerwehr hatten dieselben gegen 11 Uhr das Feuer unter Kontrolle. Telephon- und Telegraphen-Masten sind umgestürzt und die Leitungen teilweise zerstört, ebenso die Leitungsdrähte der elektrischen Beleuchtung, so daß wir teilweise für die nächsten Tage ohne Telephon, Telegraph und elektrische Beleuchtung sein werden. Der Schaden ist ein enormer und wird einer ungefähren Schätzung nach auf über 1 Million Dollar geschätzt, das wohl zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein dürfte. Allerdings sollen Wallace & Co. nicht versichert sein; dieselben waren, wie erinnerlich vor ca. 2 Monaten abgebrannt und hatten erst vor einer Woche das neue Lokal bezogen.

Die Feuerbrigaden von hier und Renfrew haben, unterstützt durch zahlreiche freiwillige Helfer aus der Pembroke Lumber Mill, die deshalb nicht arbeitete, das Menschenmögliche geleistet, um das Feuer von weiterem Umsichgreifen abzuhalten, sonst wäre bei dem herrschenden Sturmwinde das Schlimmste zu befürchten gewesen.

Soviel bekannt, ist kein ernstlicher Unfall vorgekommen. Die Bewohner des Copeland-Hauses hatten dasselbe schon verlassen, weil auch dieses Gebäude sehr bedroht war, doch glücklicherweise ist es verschont geblieben. Auch viele andere Häuser, die sich in der Nähe der Brandstätten befanden, wurden geräumt, da man auf das Schlimmste gefaßt war.

Gegen 3 Uhr Nachmittags waren nur noch rauchende Trümmerhaufen übrig, aber die Gefahr einer Conflagration war vorüber. Es sind somit die zwei Hauptgeschäfts-Blocks der Stadt neben mehreren anderen Geschäftshäusern total zerstört.

Ueber Nacht wurden Schläuche bereit gehalten, um ein etwa wieder ausbrechendes Feuer im Keime zu ersticken.

Pembroke wurde seit langer Zeit nicht so schwer heimgesucht wie dieses Mal, doch hoffen wir, daß das abgebrannte Geschäftsviertel, sowie die verschiedenen Wohnhäuser und Fabriken bald wieder in schönerer Weise wie zuvor aufgebaut werden, damit der trostlose Anblick, den dieses Stadtviertel jetzt bietet, verschwindet. Es ist für einen großen Teil der betreffenden Firmen ein empfindlicher Schaden, jetzt während der beginnenden Wintersaison ihren Geschäfts- oder Fabriksbetrieb einstellen zu müssen, doch seien wir dankbar, daß außer dem materiellen Schaden wenigstens keine Menschenleben zu beklagen sind.

— Einige Meilen südlich von Swan Lake, Man., brannte das Heim des Farmers E. W. Carey nieder und Frau Carey, ihre fünf Kinder und Frl. Gillespie, eine junge Lehrerin, die über Nacht zu Besuch war, kamen in den Flammen um. Carey ist so schwer verletzt, daß er nicht mit dem Leben davonkommen wird. Der Brand entstand dadurch, daß Carey das Feuer im Küchenofen mit Kohlenöl entzündete. Die übrigen Bewohner des Hauses schliefen und erstickten in ihren Betten.

— Von Winnipeg wird unter dem 9. November berichtet, daß Hon. J. H. Agnew, der Schatzmeister der Provinz Manitoba, der schon längere Zeit krank war, verstarb.

— Durch eine Dynamit-Explosion nahe Dryden, Ont., wurden bei Felssprengungen an der neuen Transkontinental-Bahn 7 Arbeiter getötet.

— Sir Wilfrid Laurier, dessen Befinden seit einiger Zeit nicht zum Besten war, ist jetzt auf dem Wege entschiedener Besserung. Die strenuöse Wahlkampagne hat also doch einige böse Folgen für den allbeliebten alten Führer und Sieger gehabt. Hoffentlich ist er bald wieder ganz wohl.

Neueste Nachrichten.

Friedrichshafen, 7. Nov. — Kronprinz Friedrich Wilhelm machte heute Morgen zusammen mit Graf Zeppelin einen Aufstieg in dem berühmten Luftschiff. Um Punkt 20 Minuten nach 11 Uhr erhob sich der Koloß in die Luft, mit seinem Erbauer am Steuer. Es wehte ein heftiger Nordwind und das Wetter ist ziemlich kalt. Der Graf hatte eine ausgedehnte Dauerfahrt geplant, und wollte versuchen, eine Fahrt bis nach Donaueschingen, Baden, zu unternehmen. Hier wurde im Laufe des heutigen Tages Kaiser Wilhelm erwartet auf der Rückreise von seinem Besuch in Oesterreich. Der Kaiser wollte dort den Prinzen von Fürstenburg besuchen.

Donaueschingen, 7. Nov. — Das Luftschiff des Grafen Zeppelin mit Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bord langte in Donaueschingen um 29 Minuten bis 2 Uhr an, und führte eine Anzahl Manöver über der Stadt aus, die von der ganzen Einwohnerschaft mit Bewunderung verfolgt wurden. Der Graf ließ das Luftschiff über dem Eisenbahngeleise auf und ab fliegen, und erwartete in der Luft die Ankunft des kaiserlichen Zuges, mit dem Kaiser Wilhelm von seinem Besuch in Oesterreich eintraf. Der Zug fuhr gegen 3 Uhr ein, und das Luftschiff, welches ihn eine Strecke vor der Station erwartet hatte, folgte ihm in die Stadt in einer Höhe von 400 bis 600 Fuß. Der Kronprinz begrüßte den Kaiser durch ein Sprachrohr, und der Kaiser antwortete durch ein Schwenken seines Taschentuches.

Nachdem Kaiser Wilhelm den Zug verlassen hatte, fuhr er nach dem Schloß des Fürsten von Fürstenberg, wo er seinen Platz auf der Terasse einnahm. Das Luftschiff folgte auch hierhin, und gerade über der Terasse ließ der Kronprinz einen Brief an seinen Vater fallen. Der Graf fuhr darauf einige Male um das Schloß. Begrüßungen wurden ausgetauscht, und das Luftschiff trat darauf wieder die Rückreise nach dem Bodensee an.

Es ist dies unzweifelhaft die bisherige Glanzleistung des Grafen und seines Luftschiffs, und sie steht einzig in der Geschichte der Luftschiffahrt da. Der Graf wird bei seiner Rückkehr ungefähr einen halben Tag lang in der Luft gewesen sein.

Wien, 9. Nov. — Das österreichische Kabinett hat heute resigniert, als das Resultat der Zwistigkeiten zwischen den deutschen und den tschechischen Mitgliedern, welche den kürzlichen Ausschreitungen gegen Deutsche in Prag und anderen böhmischen Städten folgten. Mit der internationalen Situation hat dieser Schritt der Kabinettsglieder nichts zu tun. Man erwartet, daß Baron Richard v. Bieberth mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werden wird.

Paris, 9. Nov. — Der Berliner Korrespondent des Pariser „Matin" berichtet, daß er von offiziellen Kreisen die Nachricht erhalten habe, daß Deutschland den Vorschlag Frankreichs in Betreff der Beilegung der Casablanca-Angelegenheit, wie er der deutschen Regierung von dem Gesandten Paul Cambon übermittelt wurde, abgeschlagen habe. Die deutsche Regierung soll darauf bestehen, daß Frankreich eine Entschuldigung wegen der Handlungsweise der französischen Soldaten bei der Verhaftung des deutschen Konsuls einreichen soll. Der Korrespondent behauptet, daß der Kaiser für diese Stellungnahme allein verantwortlich sei. Der Kaiser soll verlangen, daß jedes Vorgehen in dieser Angelegenheit ihm erst von Kanzler Bülow und Herrn von Schoen, dem Sekretär des Auswärtigen, zur Kenntnisnahme übermittelt werden soll.

Der Vorschlag Frankreichs, welcher von dem Gesandten Cambon der deutschen Regierung übermittelt wurde, war bekanntlich, daß beide Regierungen ihr Bedauern über die Angelegenheit ausdrücken sollten, und daß dann der ganze Fall einem Schiedsgericht vorgelegt werden sollte.

Paris, 9. Nov. — Es herrscht zwar Vertrauen, daß der Casablanca-Zwischenfall in friedlicher Weise beigelegt werden wird, eine Nachricht aus Deutschland kündigt aber an, daß Deutschlands Antwort auf die von Botschafter Cambon unterbreiteten Vorschläge zurückgehalten wird, bis der Bericht des Polizeikommissärs in Casablanca untersucht worden, und das hat wieder eine ungünstige Reaktion hervorgerufen.

Der „Figaro" sagt, er könne nicht sehen, was die Untersuchung des Polizeiberichtes helfen könne. Ohne Zweifel will die kaiserliche Regierung Zeit gewinnen, wogegen nicht opponiert werden kann, wenn dieser Wunsch durch edle Motive inspiriert wird, und wenn die Absichten weniger rein sind, so wird die Verzögerung nicht so nützlich sein, wie die betreffende Regierung vielleicht denkt oder hofft.

Berlin, 9. Nov. — Mit offenkundigem Unmut registrieren die deutschen Blätter die in Paris und London veröffentlichten Hetzartikel anläßlich des Casablanca-Zwischenfalls. So erinnern Frankreich daran, daß der Ehrenpunkt von Deutschland sofort erhoben worden sei, als die einschlägigen Verhandlungen begannen, und nicht erst nachträglich.

Zugleich ertönt in der deutschen Presse die Stimme ernster Warnung. Sie betont, daß das Herausfordern des Nationalgefühls ein gefährliches Unterfangen sei.

In ihrem Urteil über die ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Forderung betreffs des Ausdrucks des Bedauerns legen die Zeitungen eine seltene Einmütigkeit an den Tag. Nur das „Tageblatt" nennt die infolge des Casablanca-Zwischenfalls entfesselte Polemik ein Stimmungmachen Bülows, dessen Beweggrund darin zu suchen sei, daß die maßgebenden Gewalten durch Ablenken der Aufmerksamkeit nach anderer Richtung leichter über die durch die Veröffentlichung des Kaiser-Interviews herbeigeführte Krise hinwegzukommen vermeinten.

Königsberg, 9. November. — Die „Allgemeine Zeitung", das tonangebende nationalliberale Organ in den östlichen Provinzen, veröffentlicht nachfolgende offiziöse Kundgebung:

„Es ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß die französisch-deutsche Erörterung des Casablanca-Zwischenfalls sich verschärft und demnächst zum offenen Konflikt treiben wird. Die Unterhandlungen sind ja gewiß noch im Gange, aber die deutsche Geduld muß einmal ihre Grenze erreichen. Wenn Frankreich inzwischen nicht zu dem Entscheid kommt, sich den maßvollen deutschen Forderungen zu fügen, dann wird Deutschland gezwungen sein, deutlicher zu sprechen. Der Bundesrats-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird zu entscheiden haben, wie dies geschehen soll."

Paris, 9. Nov. — Heute Nachmittag ist das Kabinett zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, und in dieser Sitzung wurde der Beschluß, den deutschen Forderungen nicht nachzugeben, einstimmig gutgeheißen. Zugleich wurde jedoch vereinbart, Frankreich's versöhnliche Stimmung zu zeigen, indem man einen für beide Länder ehrenvollen Ausweg aus dem jetzigen Stillstand der Verhandlungen anbiete. Diese Haltung wurde in folgender Darlegung zum Ausdruck gebracht:

„Eine Verschlimmerung des jetzigen Konflikts mit Deutschland wird in amtlichen Kreisen nicht erwartet. Man hofft auf eine für beide Länder ehrenvolle Beilegung des Streitfalles. Wenn die Gesinnung der deutschen Regierung ebenso versöhnlich ist, wie die Frankreichs, so ließe sich eine Verständigung erzielen, unter welcher beide Länder, mit gegenseitigen Ausdrücken des Bedauerns über den Casablanca-Zwischenfall, die ganze Angelegenheit an ein Schiedsgericht verweisen könnten. Jedoch ist es klar, daß dies das einzige Zugeständnis ist, welches Frankreich machen kann, und die Weigerung des Kabinetts, die beteiligten Offiziere und Soldaten zu tadeln, muß als endgiltig angesehen werden."

Berlin, 9. Nov. — Maximilian Harden, Herausgeber der „Zukunft", welcher heute Abend vor einer großen Versammlung über die politische Situation sprach, forderte den Kaiser Wilhelm auf, abzudanken. Er erklärte, des Kaisers Großvater habe bei einer weniger kritischen Gelegenheit, für welche er verantwortlich war, daran gedacht, Solches zu tun.

In der soeben erschienenen Nummer seiner „Zukunft" sagt Maximilian Harden u. a. wörtlich:

„Hat der Kaiser den Wunsch, auf den Thron zu verzichten?

„Der Kaiser muß nicht blind sein gegen die Tatsache, daß seine Landsleute jetzt sowohl gegen ihn wie seinen Kanzler sind. Weder Kanzler Fürst Bülow noch sein Nachfolger kann fortan im Amt bleiben, ohne ein Unterpfand vom Kaiser, daß er seinen persönlichen Anteil an der Regierung beschränken wird.

„Das künftige Deutschland muß dies fordern. Das Haus Hohenzollern muß es in dieser grausam ernsten Stunde gleichfalls verlangen. Sonst wird es zu spät sein."

Berlin, 10. Nov. — Kriegsminister General d. Kav. v. Einem hat nunmehr endgültig den Parseval-Ballon abgenommen, nachdem alle Bedingungen, welche für die Besitzergreifung durch den Staat vorgesehen worden, erfüllt waren. Die Bedingungen für die Abnahme des Fahrzeugs waren sehr streng und durchaus kriegsgemäß. Die Fahrtdauer, welche von der Heeresverwaltung verlangt ward, betrug zwölf Stunden ohne Zwischenlandung. Als letzte Aufgabe war noch eine Füllung im Freien mit nachfolgendem kurzen Aufstieg zu bestehen.

Berlin, 9. Nov. — Die Konflikts-Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich hat sich reißend rasch verzogen. Von einer den regierenden Kreisen nahestehenden Persönlichkeit wird mitgeteilt, daß eine Lösung der aus dem Casablanca-Zwischenfall erwachsenen Schwierigkeiten sehr nahe ist. Beide Regierungen sind in der Hauptsache einig; sie werden gleichzeitig ihr Bedauern über die Vorgänge in Casablanca zum Ausdruck bringen. Die Feststellung des Wortlauts der bezüglichen Erklärungen mag noch einige Tage dauern. Reichskanzler Fürst v. Bülow machte bereits am 18. Oktober, in Gegenwart des Staatssekretärs des Aeußeren von Schoen, dem hiesigen französischen Botschafter Jules Cambon den Vorschlag, daß beide Seiten ihr Bedauern kundgeben und dann die streitigen Fragen des Casablanca-Zwischenfalls dem Schiedsgericht unterbreitet werden sollten. Eine Aenderung der Haltung der deutschen Regierung ist in keinerlei Weise erfolgt.

Berlin, 7. Nov. — Die Polizei hat das Begräbnis des durch eine Leuchtgas-Vergiftung zu einem jähen Tode gekommenen Bildhauers Harro Magnussen inhibiert. Eine Dame, welche dem Künstler nahe gestanden, machte dem Staatsanwalt von ihrem Verdacht Mitteilung, daß ein Verbrechen verübt worden sei. Eine umfassende Untersuchung ist bereits eingeleitet, deren Ausgang namentlich in künstlerischen Kreisen mit größter Spannung erwartet wird.

Dresden, 9. Nov. — Die Erdbeben in Sachsen und benachbarten Gebieten dauern fort. In Plauen ereignete sich heute früh gegen sechs Uhr der bisher stärkste Erdstoß, welcher mehrere Minuten andauerte und von gewaltigen unterirdischen Explosionen und donnerartigem Getöse begleitet war. Häuser wurden in ihren Grundfesten erschüttert und die Bewohner flüchteten sich, von panikartiger Flucht ergriffen, in's Freie. Die Zahl der Erderschütterungen, die sich seit Wochen namentlich im Vogtland bemerkbar gemacht haben, hat abgenommen, aber sie treten dafür um so heftiger auf. Die Temperatur der Heilquellen in der Gegend von Plauen hat um fünfzehn Grad zugenommen.

Erderschütterungen wurden heute auch gefühlt in Dresden, Freiburg, Halle, Naumburg, Magdeburg, Erfurt, Eisleben, Greiz, Weißenfels, Gotha und Dessau.

Die Seismographen registrierten heute ein fernes Erdbeben, dessen Stärke auf eine Katastrophe hindeutete.

Wien, 9. Nov. — Kaiser Wilhelm ist nach einem freundschaftlichen Besuch bei Kaiser Franz Joseph wieder nach Berlin abgefahren.

— Am letzten Montag feierte ganz Canada den Danksagungstag. — Am selben Tage war König Edwards Geburtstag. Offiziell wird der Geburtstag aber erst am 24. Mai gefeiert werden.

König Edward VII.

Provinzial-Nachrichten.

Nachwahlen und Anderes.

Am Dienstag den 10. November wurde im Wahlkreis Prince Albert die verschobene Wahl für das Dominion-Parlament abgehalten. Vor Redaktionsschluß war noch nichts über das Resultat bekannt und wird es bei den großen Entfernungen in dem Distrikt wohl ziemlich lange dauern, bis das Resultat endgiltig bekannt gemacht werden kann. Beide Parteien sind siegesgewiß und ist es schwer, etwas Bestimmtes über den Ausgang der Wahl vorauszusagen. Den Vorteil hat allerdings der liberale Kandidat W. W. Ruttan, daß er der Kandidat der in den letzten Wahlen wieder siegreich gewesenen Laurier-Regierung ist. Wir erwarten darum und auch aus anderen Gründen einen Sieg des liberalen Bannerträgers, so daß Saskatchewan 9 Liberale von seinen 10 Vertretern nach Ottawa schicken kann.

Verschiedene Gerüchte kursierten letzter Tage in der Presse. So, daß McNab und Sutherland ihre Sitze aufgeben würden, um den Ministern Hon. Calder und Motherwell Platz zu machen. So viel wir in Erfahrung bringen konnten, ist ein derartiges Arrangement nicht in Erwägung gezogen worden. Eins aber ist wahrscheinlich, nämlich, daß Herr Sutherland, der Vertreter des Wahlkreises Saskatoon County, zum Sprecher der nächsten Legislatur ernannt werden wird, nachdem der frühere Sprecher, Hon. McNutt, zum Vertreter im Dominion-Parlament gewählt worden ist.

Was die Nachwahlen in den Kreisen Humboldt und Saltcoats anbetrifft, so sind bis jetzt noch keine offiziellen Bestimmungen über den Zeitpunkt derselben gemacht. Man erwartet allerdings, daß die Wahlausschreibungen in allernächster Zeit erlassen werden. Vielleicht werden dann die beiden Minister in diesen Wahldistrikten als Kandidaten auftreten und sollten des Sieges sicher sein. In der Provinzwahl gab Humboldt eine liberale Mehrheit von 366 und Saltcoats eine solche von 350. Meistens vergrößern sich die Regierungsmehrheiten bei Nachwahlen. Und wenn ein Minister der Kandidat ist, erst recht.

Wann die neue Legislatur zusammentritt, ist noch nicht bestimmt. Doch erwartet man keine Sitzung mehr vor Ablauf des Jahres. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Meinung, daß die zweite Legislatur Saskatchewans im Laufe des Januar sich versammeln wird.

Weitere Preßgerüchte — bis jetzt allerdings nur konservative — besagen, daß Hon. Frank Oliver anstelle des verstorbenen Greenway zum Eisenbahn-Kommissär ernannt werden solle und daß der Posten eines Ministers des Innern dann Hon. Walter Scott angeboten werde. Dies sind, wie gesagt, nur Gerüchte und basieren wohl auf der Tatsache, daß die letzten Wahlen bewiesen haben, daß unser Premier jetzt der stärkste Liberale im Westen ist. Die Provinz Alberta, wo Oliver wohnt, ist bei den letzten Wahlen lange nicht so gut liberal gegangen wie Saskatchewan. Sollte das Gerücht sich bewahrheiten, so ist es sicher, daß Hon. Walter Scott ganz entschieden einen außerordentlich tüchtigen Minister des Innern abgeben würde, womit wir nicht sagen wollen, daß Hon. Frank Oliver sich nicht als solcher bewährt hat.

Eins ist sicher. Saskatchewan sollte nach dem letzten Wahlausfall zu Kabinettsvertretung viel eher berechtigt sein als irgend eine andere Provinz westlich von den großen Seen.

Wer zu einem Minister-Posten ausersehen ist, das, wir wiederholen es, ist bis jetzt nur Kombination und müssen wir die Zeit abwarten.

Auf's Land zurück! lautet der Ruf.

Farmer sind sowohl unsere größten Konsumenten wie auch Produzenten. Wenn Farmer nicht mehr kaufen, müssen Viele darunter leiden, hauptsächlich Geschäftsleute irgend welcher Art, sei es in Maschinen, Holz, Schnittwaren oder sogar Groceries. Unsere Städte sind überfüllt im Gegensatz zum Lande; das ist der Grund der Arbeitslosigkeit im Osten. Wie oft mußte man bisher die Frage hören: „Wie können wir unsere Jungen auf der Farm halten?" Diese Frage geht von selbst ihrer Lösung entgegen. „Zurück zur Farm", ist der Wunsch Hunderter, ja Tausender. Es ist ja schön und angenehm, in guten Zeiten in einer großeren Stadt Geschäftsmann oder Handwerker zu sein, doch unmöglich, in schlechten Zeiten und außer Stellung Weib und Kind zu ernähren. Mancher wird sich erinnern, daß er früher auf der Farm niemals ohne Nahrung und Beschäftigung lebte, und wird einsehen, daß eine Farm sicherer zu halten ist, wie ein Bankdepositum. Harte Arbeit giebts genug auf der Farm, doch Niemand kann den Ertrag seiner Arbeit so genießen und sich den langen Winter nach Belieben einteilen, wie gerade der Farmer. Kein Farmer, der Hof und Haus besitzt, fürchtet die Sorgen des Alters, der Ertrag seines Eigentums schützt ihn davor. Anders mit den Stadtleuten. Jüngere verdrängen sie. Die Söhne von Farmern sollten es sich zweimal überlegen, bevor sie ihr Heim verlassen, um in der Stadt einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen und die Reihen der Arbeitslosen vergrößern zu helfen. In gewissem Sinne ist's gut, daß so viele Männer nach unserem Westen kamen. Am Erfolge unserer Farmer können sie sich ein Beispiel nehmen und ihm nachzuahmen versuchen. Millionen von untultivierten Ackern harren noch der fleißigen Hände. Für eine Aufnahmegebühr von $10.00 kann Jedermann eine Heimstätte von 160 Acker erhalten. Noch nicht ein Zehntel unseres kultivierbaren Landes befindet sich unter Kultur. „Zurück zur Farm", so schallt heute der Ruf.

— Letzte Woche wurde in Moose Jaw eine Saatgetreide-Ausstellung abgehalten, die zahlreich besucht und sehr interessant und lehrreich war.

— Foster prophezeite, daß das schöne Wetter mit dem 10. oder 11. November aufhören würde. Dann würden Kälte und blizzardartige Schneestürme einsetzen. Diese Sturmperiode sei der Anfang des wirklichen Winters. Der Winter ist also wieder da und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er lang und sehr kalt sein wird.